

Klimaschutz: Kosten-Nutzen-Rechnung muss stimmen

Der weltweite Rückhalt für Maßnahmen zum Klimaschutz ist groß: Laut Umfragen befürworten 89 Prozent der Menschen weltweit ein stärkeres politisches Engagement für den Klimaschutz. Rund 69 Prozent wären sogar bereit, dafür ein Prozent ihres persönlichen Einkommens zu investieren. Entscheidend ist jedoch die individuelle Kosten-Nutzen-Rechnung.

Deutschland befindet sich in einer energiepolitischen Umbruchphase. Im Jahr 2024 stammte fast die Hälfte des im Inland erzeugten und eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien – ein Rekordwert. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent auf 256,4 Milliarden Kilowattstunden. Gleichzeitig ging der Anteil der konventionellen Energi-

eträger deutlich zurück: Ihre Stromerzeugung sank um 11 Prozent auf 175,1 Milliarden Kilowattstunden.

Doch technischer Fortschritt allein reicht nicht aus. Der Umweltökonom Prof. Dr. Heinz Welsch von der Universität Oldenburg zeigt in einer aktuellen Studie, dass Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung wesentlich davon abhängen, wie Klimaschutzmaßnahmen wahrgenommen werden. Dabei spielen neben rationalen Kosten-Nutzen-Rechnungen auch moralische Werte, politische Überzeugungen und die persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel – etwa in Form steigender Durchschnittstemperaturen – eine Rolle. Besonders signifikant sind laut Studie das Pro-Kopf-Einkommen, der individuelle CO2-Ausstoß und die Klimaerfahrungen der letzten zehn Jahre.

In Deutschland haben politische Unsicherheiten und ein inkonsequenter Kurs der Vorgängerregierung dazu geführt, dass viele Bürger das Vertrauen in die klimapolitische Strategie verloren haben. Inflation, stagnierende Wirtschaftsleistung und bürokratische Hürden trugen dazu bei, dass Investitionen in klimafreundliches Bauen und Sanieren vielfach aufgeschoben wurden.

Langfristig wird Klimaschutz nur dann auf breite Akzeptanz stoßen, wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Der Ökonom Welsch schlägt deshalb vor, die Klimapolitik durch eine gerechte Rückverteilung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung zu flankieren – etwa in Form eines „Klimageldes“, das besonders einkommensschwache Haushalte entlastet.

Die neue Bundesregierung steht nun vor der Aufgabe, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und konkrete Anreize für energetische Sanierungen zu schaffen. Nur wenn Hausbesitzer erkennen, dass Investitionen in den Klimaschutz nicht nur ökologisch sinnvoll sind, sondern sich auch ökonomisch rechnen, wird der Umbau des Gebäudesektors gelingen.

In Schleswig-Holstein hat die Rekordsturmflut an der Ostseeküste im Oktober 2023 katastrophale Schäden angerichtet. Es war die schwerste Ostseesturmflut seit 1872: Deiche brachen, Häuser und Promenaden wurden völlig zerstört, Hafenanlagen erlitten Totalschäden, Schiffe sanken. Der höchste gemessene Scheitelwasserstand betrug in Flensburg 2,27 Meter über dem mittleren Wasserstand. Die Schäden an Küsten, Stränden, Hochwasserschutzanlagen, Häfen und Schiffen in Deutschland wurden auf rund 200 Millionen Euro geschätzt. Einige Schäden sind bis heute nicht behoben.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen planen Union und SPD die Einführung einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden für alle Wohngebäude. Vorge-

sehen sind regulierte Bedingungen für Eigentümer, Verwalter und Mieter, die sich auf steigende Kosten und neue Anforderungen einstellen müssen. Im Neugeschäft soll die Gebäudeversicherung nur noch in Kombination mit einer Elementarschadenabsicherung angeboten werden. Bundesweit sind derzeit 95 Prozent aller Wohngebäude gegen Sturm und Hagel versichert, aber nur 54 Prozent gegen Elementarschäden.

Haben Sie Fragen dazu, was Sie selbst tun können, um Ihr Gebäude klimafreundlich auszustatten?

Nehmen Sie unverbindlich Kontakt mit uns auf.

Wir beraten Sie gerne.

Das könnte Sie auch interessieren: Ökologisch und gesund wohnen: Gebäudebegrünung liegt im Trend